



KATJA MAST

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
WAHLKREIS PFORZHEIM I ENZKREIS

Katja Mast MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

c/o Katharina Vetter
Pestalozzistraße 27
75210 Keltern

DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. + 49 (0) 30 | 22 77 37 55
Fax + 49 (0) 30 | 22 77 62 59
Mail katja.mast@bundestag.de

BÜRGERBÜRO

Jörg-Ratgeb-Straße 23
75173 Pforzheim
Tel. + 49 (0) 72 31 | 35 14 29
Fax + 49 (0) 72 31 | 3 29 91
Mail katja.mast@wk.bundestag.de

www.katja-mast.de

09.12.2020

TS

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für den offenen Brief und die damit verbundenen Fragen und politischen Anliegen.

Mit der seit mehr als einem halben Jahr andauernden Corona-Pandemie befinden wir uns in einer beispiellosen Situation und in einer der größten Krisen in der Geschichte der Bundesrepublik. Unser und mein Handeln in den letzten Monaten war und ist dabei durch drei Ziele geprägt: Die Gesundheit der Menschen schützen, Arbeitsplätze und Jobs absichern und Existenzen schützen. Dafür haben wir uns als SPD und ich ganz persönlich in der Regierungskoalition eingesetzt, wenn es etwa um die Verlängerung und Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, den Kinderbonus, die Absicherung sozialer Dienstleister oder wie zuletzt um die außerordentlichen Wirtschaftshilfen im November und Dezember ging. All das ist nicht vom Himmel gefallen. Es wurde konkrete Politik, weil die SPD in der Koalition eine starke Stimme des Zusammenhalts und für einen starken Sozialstaat ist. Das möchte ich ganz klar sagen. Wir stärken den Sozialstaat auch jetzt und bauen ihn weiter aus – zum Beispiel durch die Grundrente, die zum 1.1.21 kommt, das verlängerte und erhöhte Kurzarbeitergeld, die neuen und extrem harten Regeln für die Fleischindustrie und vieles mehr.

Daneben investieren wir allein im Rahmen des Konjunkturpakets mehr als 130 Milliarden Euro in den sozialen Zusammenhalt, in die Gestaltung einer klimafreundlicheren Wirtschaft und Mobilität, in den Ausbau der Kinderbetreuung, in Zukunftstechnologien und vieles mehr. Als Sozialdemokratin bin ich überzeugt davon, dass die Kosten der Corona-Krise nicht in einem Abbau des Sozialstaats münden dürfen und so lange Olaf Scholz unser Finanzminister wird das auch nicht so werden.

Im Gegenteil! Wir müssen den Sozialstaat ausbauen und weiter in Zusammenhalt und soziale Teilhabe investieren. Daran arbeiten wir auch und gerade in der Zeit der Krise – auch ich ganz persönlich z.B. beim Sozialstaatskonzept der SPD, das meine Handschrift trägt und beispielsweise eine Kindergrundsicherung und ein Recht auf Arbeit vorsieht. Wir federn also in der Krise die sozialen Folgen der Corona-Krise ab und haben darüber hinaus einen Plan, wie wir den Sozialstaat weiter ausbauen und den Zusammenhalt stärken können.

Zuhören. Verstehen. Gemeinsam handeln.

Ihrer Beobachtung einer drohenden Polarisierung in unserer Gesellschaft und steigender Aggression einiger gegenüber unseren demokratischen Institutionen, Auffassungen und Symbolen stimme ich zu. Wie vor allem Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker versuchen die Krise zu instrumentalisieren und Gerüchte und Falschmeldungen streuen, beobachte ich mit großer Sorge. Erst vor Kurzem hat der Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus daher ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, das von der Förderung neuer Projekte, der verstärkten Durchsetzung geltenden Rechts, z.B. auch im Netz, bis hin zu einem Gesetz für wehrhafte Demokratie reicht. Als SPD haben wir uns seit langer Zeit dafür eingesetzt. Daneben ist jede und jeder Einzelne gefragt laut zu werden für unsere Demokratie und unser demokratisches Miteinander – dass wir das am Samstag in Pforzheim im Rahmen von „Zusammenhalten“ gemeinsam getan haben ist ein unglaublich wichtiges Zeichen.

Ja, seit dem Jahr 2014 steigen die Verteidigungsausgaben an. Im Haushaltsjahr 2021 werden die Ausgaben rund 47 Mrd. Euro betragen. Dieser Anstieg hat vielfältige Ursachen. Mit den Ausgaben holen wir etwa Defizite nach, die sich in den ganzen Jahren ergeben haben. Wir alle hören und lesen immer wieder von der mangelnden und veralteten Ausrüstung unserer Soldatinnen und Soldaten. Als Parlamentsarmee entscheiden wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages über die Einsätze der Bundeswehr. Damit geht auch die Verpflichtung einher, die Soldatinnen und Soldaten bestmöglich auszurüsten. Die Bundeswehr hat heute die geringste Personalstärke in ihrer Geschichte erreicht. Sie ist hochspezialisiert, übernimmt etwa im Rahmen internationaler Mandate komplexe Aufgaben und rekrutiert sich aus freiwilligen Bewerberinnen und Bewerbern. Die jüngsten sicherheitspolitischen Debatten etwa um die Tornado-Nachfolge oder die Bewaffnung von Drohnen, die – und das ist mir sehr wichtig – nicht etwa automatisch abfeuern können sollen, sondern von Menschen gesteuert werden müssen, sind dabei von umfangreichen, insbesondere auch ethischen, Beratungen geprägt, die andauern. Für die SPD-Bundestagsfraktion heißt das beim Thema „Bewaffnung von Drohnen“ beispielsweise, dass ihre Verwendung an strenge Kriterien und Maßstäbe gebunden sein muss. Grundsätzlich wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr die bestmögliche Ausrüstung erreichen. Die Bundeswehr muss dabei nicht nur ihren Verpflichtungen innerhalb der Vereinten Nationen und der NATO nachkommen, sie muss auch zur Landes- und Bündnisverteidigung fähig sein. Das ist u.a. auch der Hintergrund für die gemeinsame deutsch-französische Entwicklung eines modernen Panzersystems, das die Bundeswehr etwa ab dem Jahr 2035 erhalten soll. Diese enge Zusammenarbeit mit Frankreich bedeutet allerdings mehr: Sie ist auch ein Zeichen für unsere enge europäische Partnerschaft und Ausdruck des Ziels einer engeren europäischen Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik, denn ich bin mir sicher: In einer Welt, die immer mehr Konflikte und Auseinandersetzungen kennt können wir nur als gemeinsame europäische Stimme für unsere Werte und Ideale eintreten – nationale Alleingänge sind dabei nicht gefragt. Eine atomwaffenfreie und sichere Welt muss dabei das Ziel unserer Bemühungen bleiben. Auch hier geht es darum gemeinsam Lösungen zu finden – mit dem Ende des Atom-Abkommens mit dem Iran und dem Austritt der USA aus dem INF-Vertrag über die nukleare Abrüstung im Mittelstreckenbereich sind die Voraussetzungen dafür nicht leichter geworden. Die Wahl von Joe Biden als US-Präsident lässt die Hoffnung zu, dass wir in den nächsten Jahren hier gemeinsame Initiativen wiederbeleben können.

Gleichzeitig dürfen wir etwa bei der Debatte um das 2-Prozent-Ziel der NATO nicht vergessen, dass Deutschland beispielsweise im Bereich der humanitären Hilfe bereits heute enorm viel leistet. In den letzten vier Jahren haben wir unsere Ausgaben hierfür verdoppelt – auf fast 2,1 Milliarden Euro in 2020. Ich persönlich bin dabei der Meinung, dass die Debatte um das 2-

Prozent-Ziel zu einseitig geführt wird und rate uns allen, die Verantwortung für humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit engagiert in diese Debatte einzubringen. Dieses so wichtige Engagement ist in unserer Außenpolitik nicht wegzudenken – deshalb hat die SPD im Koalitionsvertrag auch festgehalten, dass das Budget für humanitäre Hilfe und Krisenprävention eins zu eins mit dem Verteidigungshaushalt mitwächst.

Zuletzt möchte ich noch betonen, dass ich als Sozialdemokratin und wir als SPD immer und zurecht die einzig richtige Lehre aus den Schrecken und dem Terror des Zweiten Weltkriegs ziehen: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“. Darin steckt aber zugleich die Verpflichtung, dass wir uns auch heute gemeinsam mit unseren internationalen und europäischen Partnern aktiv für Frieden und Freiheit einsetzen – unermüdlich mit den Mitteln der Diplomatie, im stetigen Dialog und im Rahmen internationaler Organisationen. Wo aber schlimmste Verbrechen geschehen und Menschenrechte verletzt werden, können und dürfen wir nicht wegschauen.

Falls Sie sich dazu beispielsweise auch einmal mit dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, austauschen wollen, kann ich gern anbieten den Kontakt herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen
Katja Mast



Mitglied des Deutschen Bundestages für die Menschen aus Pforzheim und dem Enzkreis
Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion